

Offener Brief an die Bundesregierung, an die Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie an den bayerischen Umweltminister

Die Diözesanversammlung von pax christi im Bistum München&Freising hat sich mit den Sicherheitsrisiken, die sich aus den knapper werdenden fossilen Energieressourcen (Öl, Gas) und dem dramatisch zunehmenden Klimawandel ergeben, befasst. Die Gefahren für den Ausbruch von Konflikten als Folge des Klimawandels sind unübersehbar. So hat der Kampf um die letzten Ölquellen bereits begonnen.

Mehrere Studien legen dies fundiert und überzeugend dar, insbesondere die des WBGU („Sicherheitsrisiko Klimawandel“, aus dem Jahr 2007), die sich auf die Ergebnisse des Weltklimarates (IPCC) stützt. Der WBGU kommt zu dem Ergebnis, dass die gravierenden Folgen des Klimawandels zu einer Verdichtung der Konfliktkonstellationen vor allem in schwachen und fragilen Staaten führen wird, die nicht nur regionale Konflikte auslösen werden, sondern auch eine internationale Destabilisierung bewirken werden. Vor allem das Ausmaß der Migrationsströme erscheint dabei unvorstellbar.

Die sicherheitspolitischen Strategien der Industrienationen (auch Deutschland, siehe Weißbuch von 2006) sehen für solche Gefahren, bei denen ihre vitalen nationalen Interessen (Ressourcenzugang, illegale Flüchtlingsströme usw.) betroffen sind, im Sinne eines erweiterten Sicherheitsbegriffes, ganz explizit den Einsatz von militärischen Maßnahmen vor.

Die weltweite immense Aufrüstung mit enormen Steigerungen der Rüstungsausgaben in den letzten Jahren ist in diesem Zusammenhang zu sehen und verstärkt die Gefahr gewaltsamer Konflikte.

Um schlimmste Auswirkungen des Klimawandels zu vermeiden, fordert deshalb der WBGU umfassende Maßnahmen der Prävention zu treffen und durch präventive Maßnahmen zur Anpassung, unvermeidbare Auswirkungen zu mildern. Ausdrücklich wird auch auf die Umschichtung der Militärhaushalte zugunsten des Klimaschutzes und der Entwicklungspolitik hingewiesen und betont: Klimaschutzpolitik ist Sicherheitspolitik!

pax christi als Friedensorganisation tritt nachdrücklich dafür ein, dass alle Menschen durch einen verantwortungsbewussten Lebensstil zu einer Reduktion der Treibhausgase beitragen. Jedoch ohne ambitionierte Ziele und Rahmenvorgaben der Politik zur CO₂-Reduktion und zum Aufbau einer ökosozialen Marktwirtschaft lässt sich die 2°-Erwärmungsgrenze nicht erreichen.

Wir fordern deshalb ganz entschieden von der Bundesregierung, die Empfehlungen des WBGU unbedingt aufzugreifen und zu realisieren. Sie stellen Mindestmaßnahmen dar, da sich jetzt schon zeigt, dass die ungünstigsten Prognosen des IPCC bereits durch die Realität des fortschreitenden Klimawandels übertroffen werden.

Nach dem beschämenden Scheitern der Klimakonferenz in Kopenhagen muss von deutscher Seite eine vorbildhafte Zielsetzung für Deutschland und eine nachdrückliche Forde-

rung an die EU erfolgen, weitergehende Ziele des Klimaschutzes zu vereinbaren und zu verwirklichen.

Eine 20%ige CO₂-Reduktion in der EU bis 2020 reicht nicht aus, ebenso darf die Reduktion für Deutschland nicht vom Verhalten anderer Länder abhängig gemacht werden.

Selbst der Präsident des Umweltbundesamtes (UBA), Jochen Flasbarth, hält weitreichende Klimaschutzmaßnahmen für dringend geboten und unterstützt eine Senkung der Treibhausgasemissionen um mindestens 40% bis 2020 und um 95% bis 2050.

Bundesminister Röttgen hat geäußert, dass bei einem Anteil erneuerbarer Energien von 40% an der Stromerzeugung, keine Atomenergie mehr benötigt werde. Bei weiterhin ambitioniertem Ausbau der erneuerbaren Energien wird dieser Anteil aber bereits vor 2021 erreicht sein, so dass keine Notwendigkeit besteht, die Laufzeit der Atomkraftwerke zu verlängern. Aufgrund der Gefahren lehnen wir - wie die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland - die Kernenergie entschieden ab.

Deutschland kann also eine Vorreiterrolle im internationalen Klimaschutz einnehmen und dadurch einen entscheidenden - nichtmilitärischen - Beitrag zur internationalen Sicherheit leisten.

Der Rückgang der Treibhausgasemissionen durch die Wirtschaftskrise (-8%) bedeutet eine wichtige Chance, die Wirtschaft umzubauen und konsequent in allen Politikfeldern (Energie-, Verkehrs-, Entwicklungshilfe-, Umwelt-, Wirtschafts-, Verteidigungs- und Außenpolitik) die Rahmenbedingungen so zu verändern, dass ein „zukunftsfähiges Deutschland“ entsteht.

Als einer der gewichtigsten Mitverursacher des Klimawandels ist Deutschland auch in hohem Maße verpflichtet, sich für Klimagerechtigkeit international einzusetzen und sich entsprechend an den Kosten für präventiven Klimaschutz in unterentwickelten und Schwellenländern zu beteiligen. Jüngste Maßnahmen, Vorhaben und Entscheidungen der deutschen Politik sind nicht nur nicht ausreichend, sondern geradezu kontraproduktiv für den Klimaschutz und für den notwendigen Ausbau der erneuerbaren Energien. Dies gilt z.B. für

- die „Abwrackprämie“ für PKW 2009,
- die Reduzierung der für den internationalen Klimaschutz in Kopenhagen zugesagten 420 Mio Euro auf 70 Mio,
- die überproportionale Reduzierung der Einspeisevergütung für Photovoltaikanlagen 2010,
- die geplante Kürzung der Förderung für erneuerbare Energien im Wärmebereich (Kollektoren, Pelletheizungen, Marktanzreizprogramm).

Jeder unterlassene Klimaschutz kostet zukünftig ein Vielfaches zur teilweisen Behebung von Schäden. Die Schäden für unsere Kinder und Enkel, sind in Geldsummen jedoch nicht zu bemessen, insbesondere die Auswirkungen durch Leid und Zerstörung (auch der Natur und der Kreatur), vor allem durch drohende Klimakriege.

Militärische Strategien können zum Klimaschutz keinen Beitrag leisten, im Gegenteil, sie wirken in mehrfacher Hinsicht destruktiv.

Wir fordern stattdessen eine nachhaltige und ambitionierte Klimaschutzpolitik auf der Basis erneuerbarer Energien, die unverzüglich umgesetzt wird. Die Zeit drängt!

**Diözesanversammlung pax christi im Bistum München&Freising,
13. März 2010**